

**2. Tagung 2. Landesparteitag
13.11.2010 in Steinhaleben**

Beschluss
(einstimmig angenommen)

„13. Februar 2011 – Dresden Nazifrei“

Die 2. Tagung des 2. Landesparteitages beschloss, dass sich der Landesverband der Partei DIE LINKE. Thüringen der von der Aktionskonferenz des Bündnis „Dresden Nazifrei“ am 09. Oktober 2010 verabschiedeten Resolution zur Verhinderung eines erneut von Nazis am 13. Februar 2011 geplanten Aufmarsches in Dresden anschließt und damit aktiv die Mobilisierung zu den Gegenprotesten unterstützt. Desweiteren wurde der Landesvorstand unter Einbeziehung der LAG Rechtsextremismus sowie Landtagsfraktion beauftragt, entsprechende organisatorische, finanzielle und personelle Maßnahmen zu beschließen, die dazu beitragen, gemeinsam mit den Dresdnerinnen und Dresdenern, den Bündnissen „Dresden Nazifrei!“ und „No pasaran!“ sowie Antifaschistinnen und Antifaschisten aus ganz Deutschland den angekündigten Aufmarsch der Neonazis wiederholt zu verhindern.

Begründung:

Ächtung des Rechtsextremismus und Neonazismus: Diese Kräfte werden wir politisch bekämpfen, den öffentlichen Raum gegen sie verteidigen und die antifaschistische Bildungsarbeit intensivieren. Deswegen wollen wir zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus stärken, unter anderem dadurch, dass entsprechende Initiativen und Beratungsteams öffentliche Mittel erhalten und vorhandene Unterstützung ausbauen. Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben der Linken, über die bisherigen punktuellen Maßnahmen hinaus ein schlüssiges Konzept gegen den Neonazismus zu entwickeln. Größere Aufmerksamkeit wird DIE LINKE der Entwicklung des Neofaschismus im internationalen Rahmen widmen.

Aus dem Programm der Partei DIE LINKE. (Programmatischen Eckpunkte)

Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund

Beschluss des Parteivorstandes vom 30./31. Oktober 2010 zur Unterstützung des Bündnisses „Dresden Nazifrei!“ und die Bildung einer Projektgruppe zur Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit.

Anlage

Resolution der Aktionskonferenz vom 09.10.2010